

# Maulkorb von rechtem Richter

## Politikwissenschaftler darf nicht mehr »behaupten«, dass NPD Menschen vertreiben will

Markus Bernhardt

---

Die sächsische Justiz steht wegen ihres repressiven Vorgehens gegen Neonazigegner, Journalisten und engagierte Demokraten regelmäßig in der Kritik. Dennoch sorgte am Mittwoch folgendes für Erstaunen: Es wurde bekannt, dass Jens Maier, Richter am Landgericht Dresden, bereits am 10. Mai beschlossen hatte, dem Politikwissenschaftler Steffen Kailitz Aussagen über die neofaschistische NPD zu verbieten, die er in einem Gastbeitrag für die *Zeit* geäußert hatte. Im Wiederholungsfall droht Kailitz ein Ordnungsgeld bis zu 250.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, bei mehrfacher Wiederholung sogar bis zu zwei Jahren.

Kailitz ist für das »Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung« in Dresden tätig und Sachverständiger im aktuellen NPD-Verbotsverfahren. In der Onlineausgabe der *Zeit* hatte er unter der Überschrift »NPD-Verbot – Ausgrenzen, bitte« geschrieben, die Partei plane »rassistisch motivierte Staatsverbrechen« und wolle »acht bis elf Millionen Menschen aus Deutschland vertreiben, darunter mehrere Millionen deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund«.

Ähnlich hatte Kailitz auch in der mündlichen Verhandlung im NPD-Verbotsverfahren im März argumentiert. Die Neonazipartei frohlockte nun angesichts des wegen »Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung« ergangenen Urteils von Richter Maier. »Es bleibt zu hoffen, dass diese Entscheidung aus Dresden ein Warnschuss vor den Bug für alle diejenigen sein wird, die leichtfertige Behauptungen über unsere Partei in die Welt setzen«, erklärte deren Vorsitzender Frank Franz auf der Internetseite der NPD.

Richter Jens Maier selbst ist in der »Alternative für Deutschland« (AfD) aktiv, deren Funktionsträger regelmäßig mit rassistischer Hetze an die Öffentlichkeit treten. Auf dem

Landesparteitag der sächsischen AfD im Dezember 2013 wurde Maier zum Mitglied ihres Schiedsgerichts bestellt.

Für Kritik sorgte die »Causa Maier« auch bei der sächsischen Linksfraktion. »Der Beschluss des Landgerichts Dresden bestärkt leider alle berechtigten und unberechtigten Vorurteile gegen Teile der Justiz in Sachsen und in seiner Landeshauptstadt«, befand der Abgeordnete Klaus Bartl am Mittwoch. Er sei gespannt auf die Begründung des Richters, warum dies eine falsche Tatsachenbehauptung sei, so Bartl, der als Rechtsanwalt tätig ist.

Kailitz selbst sprach gegenüber *Spiegel online* von einem »echten Justizskandal«. Der Anwalt des Politikwissenschaftlers hat Einspruch gegen Maiers Entscheidung eingelegt. Darüber soll am 10. Juni verhandelt werden.

---

<http://www.jungewelt.de/2016/05-20/016.php>